

[Startseite](#) | [Zürich & Region](#) | Universität Zürich: Rektor warnt vor Wohnungsnot für Studierende

Abo [Wohnungsnot in Zürich](#)

So viele Studierende wie noch nie: Uni-Rektor fordert «mehrere Tausend Wohnungen» für sie

Die Wohnungsknappheit in Zürich zwingt immer mehr Studierende dazu, in andere Kantone zu ziehen. Die Hochschulen verlieren viel Geld – und der Kanton zahlungskräftige Steuerzahlende.



Raphaëla Birrer, Stefan Häne

Publiziert heute um 05:52 Uhr



«Wir haben ein Solidaritätsproblem:» Michael Schaepman im Orellisaal des Rektorats der Universität Zürich.

Foto: Michael Trost

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.



Abo abschliessen

Login

BotTalk

Die Universität Zürich wächst ungebremst weiter. Die provisorischen Zahlen zeigen mit 28'664 Studierenden zu Beginn des Herbstsemesters 2025 einen neuen Höchststand. Das Wachstum bringt Probleme mit sich: Die Studentinnen und Studenten bekommen die Wohnungsnot in Zürich immer stärker zu spüren. Eine Wohnung zu finden, sei für sie «sehr schwierig», sagt Michael Schaepman (59), Rektor der Universität Zürich, im Gespräch. Studierende würden darum «immer verstreuter» wohnen, auch ausserhalb des Kantons – mit finanziellen Konsequenzen für die Universität, aber auch für den Kanton Zürich.

Folgen hat auch die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz. Diese werde ethische Kompetenzen in unserer Gesellschaft wichtiger machen, so Schaepman. Die Universität Zürich setze darum weiterhin stark auf die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Herr Schaepman, Zürich ist mit seinen zwei renommierten Hochschulen eine Studentenstadt. Nur: Sie wird immer unerschwinglicher für tiefe Budgets. Spürt das die Universität Zürich?

Ja. Für Studierende ist es sehr schwierig, eine Wohnung zu finden. Wir stellen fest, dass sie immer verstreuter wohnen. Nicht nur in der Stadt Zürich, der Region Greifensee oder in Winterthur, wie es lange üblich war. Sondern zunehmend auch ausserhalb des Kantons Zürich, vor allem im Aargau. Sie müssen daher mehr Pendelzeit in Kauf nehmen.

Zürcher Studierende im Aargau – haben Sie Zahlen zu diesem Phänomen?

Wir haben dies nicht quantitativ ausgewertet, spüren die Veränderung aber auch daran, dass die Nachfrage nach Onlinekursen markant gestiegen ist. Die Studierenden wollen sich auch lange Reisezeiten ersparen.

Sie könnten sich sagen: Solange die Studierendenzahlen stimmen, ist es nicht unser Problem, wenn Studenten im Aargau wohnen.

In einer Zeit, in der das Klima ein relevanter Faktor ist, sollten die Menschen möglichst dort wohnen, wo sie studieren und arbeiten. Zudem sollte der Kanton Zürich Interesse daran haben, dass die Studierenden hier wohnen.

Warum?

Die Studierenden von heute sind die guten Steuerzahlenden von morgen. Der Kanton Zürich kommt für etwa 45 Prozent des Budgets der Universität Zürich auf, das sind gegen 800 Millionen Franken pro Jahr. Je besser es gelingt, die Studierenden auch als Steuerzahlende im Kanton Zürich zu halten, desto besser ist dieser Beitrag gedeckt. Es braucht mehr Bewusstsein dafür, dass studentisches Wohnen in der Nähe der Uni wichtig ist.

Hat es für die Universität weitere Folgen, wenn die Studierenden nicht im Kanton Zürich wohnen?

Wir erhalten weniger Geld. Nichtträgerkantone wie der Aargau leisten Pro-Kopf-Beiträge an die Universität Zürich. Diese gelten jedoch nur einen Teil der Ausbildungskosten ab – und nicht die Infrastrukturkosten. Vom Kanton Zürich dagegen erhalten wir für Zürcher Studierende einen Deckungsbeitrag für beide Kostenblöcke. Das bedeutet: Je mehr Studierende ausserhalb des Kantons Zürich wohnen, desto weniger Geld haben wir pro Studierenden zur Verfügung.

Was fordern Sie konkret von der Stadt und dem Kanton Zürich?

Die Studierenden müssen in der Wohnraumplanung aktiv mitgedacht werden. Heute fokussieren sich die Behörden auf Niedrigverdiener und ältere Personen. Dabei bereichern die Studierenden Stadt und Kanton. Studentisches Wohnen sollte – wie das Alterswohnen – in den Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen abgebildet sein. Das würde es erleichtern, solchen Wohnraum zu schaffen.

Die Stadt Zürich macht doch bereits einiges. Sie vermietet zum Beispiel 500 Wohnungen an die Organisation Jugendwohnnetz und die Studentische Wohngenossenschaft, vergibt diesen auch Baurechte und berücksichtigt Studierende bei Zwischennutzungen. Reicht das nicht?

Nein. Wir haben zusammen mit der ETH Zürich gegen 60'000 Studierende auf dem Platz Zürich. Nötig wären mittelfristig mehrere Tausend Wohnungen für sie.

Wo sollen diese Wohnungen entstehen?

Immer dort, wo verdichtet wird, sollte auch Wohnraum explizit für Studierende geschaffen werden. Sonst nimmt die Gentrifizierung in Stadt und Region Zürich immer weiter zu.

Der Städtzürcher Finanzvorsteher Daniel Leupi wirft dem Kanton vor, sich immer mit den Hochschulen zu brüsten, selber aber nichts zu machen. Macht der Kanton genug?

Es braucht eine gemeinschaftliche Anstrengung. Studierende sollten ein geschätzter Teil des vielfältigen Lebens in der Stadt sein – und nicht als Störenfriede wahrgenommen werden. Dazu muss aber der gesellschaftliche Wert der Studierenden für die Steuerzahlenden klar sein. Und das wird er, wenn sie langfristig in der Stadt bleiben.

«Ich bin während meines Studiums 15-mal umgezogen.»

Die Universität kritisiert, macht aber selber nichts. Die ETH hingegen hat auf [ihrem Campus Höggerberg](#) mehrere Hundert Wohnungen geschaffen.

Wir versuchen das ebenfalls, zusammen mit der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich. In vernünftiger Distanz zur Universität gibt es allerdings kaum Landreserven.

Das Stimmvolk hat soeben eine Aufstockung der kantonalen Wohnbauförderung von 180 auf 360 Millionen Franken gutgeheissen. Sollte dieser Zusatzbetrag vor allem für studentisches Wohnen eingesetzt werden?

Das ist eine politische Entscheidung. Mein Anliegen ist, dass die Bedürfnisse der Studierenden berücksichtigt werden.

Sie selber haben in Zürich studiert. Wo haben Sie damals gewohnt?

In der Stadt Zürich, mithilfe des Vereins für Jugendwohnhilfe. Während der Jugendunruhen in den 1980er-Jahren hatte man Angst, dass leer stehende Häuser besetzt werden. Der Verein vermietete darum in solchen Häusern günstige Zimmer mit Anschlussgarantie. Ich zahlte damals monatlich 300 Franken für ein Zimmer, musste aber immer wieder umziehen – insgesamt sicher 15-mal während meines Studiums. (lacht)

Heute ist die Uni aber mitverantwortlich für den knappen Wohnraum in Zürich: Sie zählte letztes Jahr über 28'500 Studierende – so viele wie noch nie. Wo liegt die kritische Grösse?

In der Schweiz haben wir eine konstante Maturitätsquote. Diese reguliert die Studierendenzahl, die sich so parallel zum Bevölkerungswachstum entwickelt. Internationale Vergleiche zeigen, dass die kritische Grösse einer Uni bei 80'000 bis 100'000 Studierenden liegt. Sind es mehr, wird die Forschung nicht mehr besser, und die Lasten der Grösse überwiegen.



So viele wie noch nie: Zu Beginn des Herbstsemesters 2025 waren an der Universität Zürich mehr als 28'500 Studierende eingeschrieben.

Foto: Michael Scherrer (20min)

Nicht nur die ausserkantonalen Studierenden, auch die Bundespolitik erzeugt finanziellen Druck. Der Bundesrat will den Beitrag an die kantonalen Hochschulen um 120 Millionen Franken kürzen, der Ständerat um 60 Millionen.

Ich lehne beide Vorschläge ab. Und erwarte vom Nationalrat, dass er in der Frühlingssession den Sparbeitrag ganz streicht. Die Politikerinnen und Politiker, die sich fürs Sparen aussprechen, müssen dann auch die Konsequenzen verantworten, etwa dass die Schweiz weniger innovationsfähig wird. Ich bin auch dagegen, die Studiengebühren zu erhöhen, wie es der Bundesrat im Entlastungspaket vorschlägt.

«*Studiengebühren erhöhen? Das ist ein Scheingefecht.*»

Künftig wären höhere Studiengebühren für europäische Studenten verboten. Eine generelle Erhöhung der Gebühren würde doch den Fehlbetrag ausgleichen.

Das ist ein Scheingefecht. Der niederschwellige Zugang zum Studium ist zentral. Die Studiengebühren machen nur 1,7 Prozent des Uni-Budgets aus. Sie zu erhöhen, bringt finanziell wenig, mindert aber die Attraktivität eines Studiums und benachteiligt uns im internationalen Wettbewerb. Die totalen Kosten einer Ausbildung müssen global wettbewerbsfähig bleiben – und diese bestehen nicht nur aus Studiengebühren.

Es gibt zwar immer mehr Studierende – trotzdem haben wir einen Ärztinnen- oder Informatikermangel und müssen Fachkräfte aus dem Ausland holen. Ihre Universität bildet nicht bedarfsgerecht aus.

Wir legen in der Schweiz viel Wert auf die freie Berufswahl. Warum soll das nur für die Berufslehre und nicht für die Studienfächer gelten? Selbst wenn die Universitäten dem aktuellen Bedarf entsprechend ausbilden würden, wäre nicht sicher, ob die Privatwirtschaft die Absolventinnen und Absolventen einstellen würde, weil die Entwicklung der Arbeitsplätze dynamisch ist.

Der Vergleich hinkt: Lehrstellen werden je nach Bedarf angeboten, an den Hochschulen besteht trotz des akuten Bedarfs an Medizinern mit dem Numerus clausus ein Nadelöhr. Stattdessen holen wir Ärztinnen aus dem Ausland.

Das stimmt: Wir bilden zu wenige Ärztinnen und Ärzte aus. Dafür übernehmen wir viele Ausgebildete aus dem Ausland. Eine Medizinausbildung kostet rund 300'000 Franken. Wir lassen also andere Länder für uns die teure Ausbildung bezahlen.

Um das Problem zu lösen, will das nationale Parlament den Numerus clausus abschaffen. Der Zürcher Regierungsrat hat die Anzahl Studienplätze für Medizin aber vorerst nicht erhöht. Ein Fehler?

Erfreulich ist, dass der Regierungsrat und die Uni mit dem Projekt Med500+ die Zahl der Medizinstudienplätze mittelfristig von 430 auf 700 erhöhen wollen. Trotzdem bleibt der Eignungstest für das Medizinstudium ein effektives Instrument. Nur etwa ein Drittel der Bewerbenden erhält einen Studienplatz. Wenn sämtliche Interessenten zum Studium zugelassen würden, würden viele nach dem ersten Studienjahr durchfallen – und hätten diese Zeit verloren.

Aber beim Numerus clausus werden überfachliche Aspekte geprüft, wichtige Kompetenzen wie die Empathiefähigkeit nicht. So fallen Anwärter durch, die gute Mediziner wären.

Der Test misst nicht nur die Qualifikationen für den späteren Beruf, geplant sind auch weitergehende Kompetenzen. Er wird permanent neuen Anforderungen angepasst. Ein Projekt dazu ist aktuell in Arbeit.

Die Universität Zürich bildet stattdessen viele Geistes- und Sozialwissenschaftler aus ...

Wir setzen weiterhin stark auf diesen Bereich, auch wenn die Mint-Fächer derzeit stärker wachsen.

Obwohl der Bedarf weniger dringlich ist?

Ich erwarte, dass der Bedarf an Geistes- und Sozialwissenschaftlern in Zukunft zunimmt. Die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz wird ethische und normative Kompetenzen in unserer Gesellschaft viel wichtiger machen. Diese Entwicklung darf nicht den Techunternehmen überlassen werden. Der Staat muss hier eine wichtige Funktion einnehmen – deswegen stört mich auch die Diskussion über die angeblich zu grosse Verwaltung.

Es ist aber ein Fakt, dass das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor grösser ist als jenes in der Privatwirtschaft.

Die Verwaltung wächst, weil es mehr Regeln und Normen gibt. Die sind politisch gewollt. Die Universität wächst auch, weil wir mehr Drittmittel gewinnen. Und ich gehe noch weiter: Unsere Gesellschaft braucht eine spezifische Geisteshaltung – gerade im Staatsapparat. Diese Haltung muss von ethischen Standards, nicht von Technologiegläubigkeit geprägt sein.



Michael Schaepman weiss, dass KI die Bildungslandschaft verändert. Aber er hält auch fest: «Wir sollten aufhören, so beeindruckt von der künstlichen Intelligenz zu sein.»

Foto: Michael Trost

Mit dem Aufstieg der künstlichen Intelligenz werden künftig handwerkliche Berufe wichtiger. Ist das eine Gefahr für die Unis?

Schon heute absolvieren nur 20 Prozent der Bevölkerung ein Studium, aktuell gibt es schweizweit 172'000 Studierende – im Ver-

gleich zum nahen Ausland ein tiefer Wert. Ich sehe das Hochschulstudium daher nicht in Gefahr. Wichtig ist, dass wir die Berufslehre stärken. Die Durchlässigkeit unseres Systems ist zwar wertvoll, aber sie führt tendenziell zu einem Mangel bei den handwerklichen Berufen.

Sollen sich junge Menschen also mit Blick auf die KI-Umwälzungen für eine Berufslehre oder für ein Studium entscheiden?

Zuerst sollten wir uns beruhigen: Die künstliche Intelligenz ist nur eine Maschine – wir sollten aufhören, so beeindruckt zu sein von ihr. Wir befinden uns in einer Situation wie in den 1990er-Jahren, als das Internet aufkam. Mit dem Unterschied, dass die Entwicklung jetzt sehr schnell passiert. Damals herrschte die Angst, dass das Internet alle Jobs wegrationalisiert, das ist bekanntlich nicht geschehen. Heute ist die Entwicklung aber zu stark von der Tech-industrie gesteuert. Die Universitäten müssen sich noch mehr einbringen: Zentral wird künftig der verantwortungsvolle Umgang mit KI sein.

Und was bedeutet das nun für die Bildung der Menschen?

Wir werden uns ein Leben lang weiterbilden müssen, weil die Halbwertszeit von Wissen angesichts des Tempos der technologischen Entwicklung rasant abnimmt. Dazu setzt man am besten einen fachlichen Fokus – etwa Biologie – oder wählt ein interdisziplinäres Studium wie Biodiversität oder Computerlinguistik. Weitere Kompetenzen, zum Beispiel Management-Wissen, kann man sich später aneignen.

NEWSLETTER

Zürich heute

Erhalten Sie ausgewählte Neuigkeiten und Hintergründe aus Stadt und Region.

[Weitere Newsletter](#)

Einloggen

Raphaela Birrer ist Chefredaktorin des Tages-Anzeigers. [Mehr Infos](#)

✕ @raphaelabirrer

Stefan Häne ist Leiter des Ressorts «Zürich Politik & Wirtschaft». [Mehr Infos](#)

✕ @Stefan_Haene

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

0 Kommentare